



Marburg, 26. August 2010

Eingang: XX.XX.XXXX

DIE LINKE. - Fraktion

TOP:

Lfd.Nr.

Antrag zur Kreistagssitzung am 17. September 2010**Bürgerarbeit: Liste der Arbeitsplätze veröffentlichen****Beschluss:**

Der Kreistag bittet den Kreisausschuss, bis zur nächsten Kreistagssitzung den Kreistagsabgeordneten eine detaillierte Aufstellung der für das Jahr 2011 geplanten „Bürgerarbeitsplätze“ zur Kenntnis zu geben. Die Aufstellung soll enthalten: Die Arbeitgeber, die Beschäftigungsfelder, eine Beschreibung der Tätigkeiten, die wöchentliche Stundenzahl und die geplante Vergütung.

Begründung:

„Wir müssen jedem Hartz-IV-Empfänger abverlangen, dass er als Gegenleistung für die staatliche Unterstützung einer Beschäftigung nachgeht, auch niederwertige Arbeit, im Zweifel in einer öffentlichen Beschäftigung. Es kann aber kein funktionierendes Arbeitslosenhilfe-System geben, das nicht auch ein Element der Abschreckung enthält. Politik muss die notwendige Härte haben, solche fordernden Elemente einzuführen und durchzusetzen, weil sie die Gegenleistung für eine sehr großzügige Unterstützung der Bürger und Steuerzahler sind.“ Diese sehr offenen Worte sprach der Ministerpräsident des Landes Hessen, Roland Koch, in einem Interview in der Wirtschaftswoche vom 16. Januar 2010.

Mit diesen Sätzen enttarnt Roland Koch den niedlichen Begriff „Bürgerarbeit“ und legt den Kern der Sache bloß. Bürgerarbeit heißt Arbeitspflicht, nach dem Motto: Wer nicht arbeitet soll auch nicht essen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil zu den Regelsätzen des SGB II im Februar festgestellt, dass dies verfassungswidrig ist, weil der Staat verpflichtet ist, das Existenzminimum der Menschen zu sichern - und zwar ohne Gegenleistung. Daher lehnt DIE LINKE „Bürgerarbeit“ als sanktionsbewehrte Zwangsmaßnahme ab.

Auch bei einer freiwilligen Übernahme solcher Arbeitsplätze ist jedoch sicher zu stellen, dass diese keine regulären Arbeitsplätze ersetzen und verdrängen. Daher ist ein größtmögliches Maß an Transparenz und öffentlicher Kontrolle bei der Bereitstellung dieser Arbeitsplätze zu gewährleisten. Der Antrag dient diesem Zweck.

Gez.
Anna Hofmann
Ulrike Grünheid
Bernd Hannemann
Inge Sturm